

In der Zeit gespart, garantiert Mittel für die Hilfe in der Not

Eine noch unveröffentlichte Studie der Hochschule Luzern kommt zum Schluss, dass viele Gemeinden für Unvorhergesehenes finanziell gewappnet sind. Ein Glück, denn die Coronakrise wird für viele zu einer riesigen, schwer abschätzbaren Belastung.

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not.» Die Eidgenossenschaft als Ganzes hat diese Devise offenbar vorbildlich umgesetzt und kann deshalb in der Coronakrise aus dem Vollen schöpfen. Für die Bewältigung der Folgen dieser schwerwiegenden Krise ist der Bund in der Lage, fast 100 Milliarden Franken lockerzumachen. Und es könnten nötigenfalls sogar noch mehr sein.

Wie gut ist diese Devise aber von den Gemeinden beachtet worden? Wie präsentiert sich ihre Schuldenlage insgesamt? Vertiefte Forschungsergebnisse zu diesem Thema liegen zwar noch nicht vor. Die alle drei Jahre stattfindende Erhebung der Hochschule Luzern HSLU zur Finanzierung mittelgrosser Gemeinden wird erst im August ausgewertet sein. «Klar ist aber, dass viele Gemeinden finanziell gut dastehen», sagt Professor Christoph Lengwiler, externer Dozent an der HSLU: «Aufwertungen nach der Umstellung auf das harmonisierte Rechnungslegungsmodell HRM2 haben oft zu einem Nettofinanzvermögen geführt. Gleichzeitig haben die Gemeinden aber viel investiert und vermutlich auch zusätzliches Fremdkapital aufgenommen.»

Gemeinden arbeiten zunehmend mit Kurzfristgeldern

Erste Beobachtungen der Gemeinde-landschaft bestätigen diese professorale Zuversicht: Die meisten Städte und Kommunen sind finanziell gut gewappnet für die unvermittelt aufgetretene Coronakrise. Wie der Bund haben die Gliedstaaten nämlich die vor allem in den letzten Jahren sehr günstigen Finanzierungsbedingungen weidlich ausgenutzt. Für Gemeinden mit einem solidem Finanzrating waren und sind speziell die immer wieder beklagten Negativzinsen ein wahrer haushaltspolitischer Segen. Insgesamt haben die Gemeinden ihr Finanzierungsverhalten in den letzten Jahren den immer günstigeren Bedingungen flexibel angepasst: «So haben kurzfristige Kredite im Finanzierungsmix einen grösseren Stellenwert bekommen», erklärt Lengwiler. Der Anteil kurz-

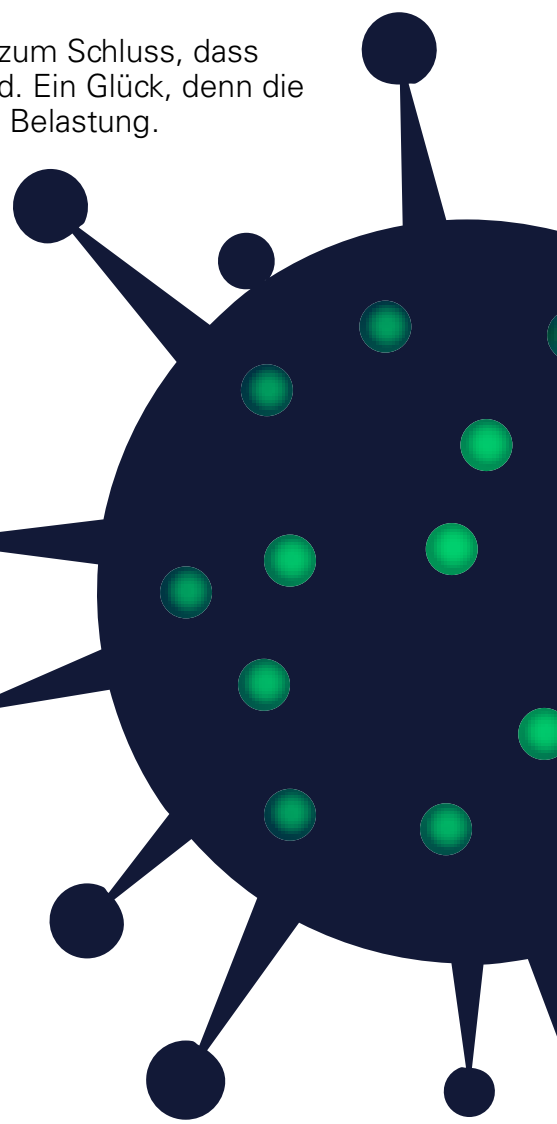
fristiger Schulden in den Büchern der Schweizer Gemeinden habe sich deshalb zwischen 2009 und 2016 nahezu verdoppelt.

Auch bei den Darlehensgebern ist die Palette breiter geworden. Nach Angaben des Luzerner Dozenten kommen die hauptsächlich verwendeten Festzinsdarlehen heute nicht nur von Banken: «Rund 40 Prozent der Kreditvolumen stammen gemäss unserer letzten Studie per Ende 2017 von institutionellen Anlegern.» Diese Studie habe zudem gezeigt, dass die Gemeinden zunehmend mit festen Vorschüssen mit Laufzeiten von unter zwölf Monaten arbeiteten. Dementsprechend sei der Anteil der Kurzfristgelder seit 2017 weiter gestiegen.

Städte und Gemeinden erhalten Geld fürs Schuldenmachen

Der Clou: Für solch kurzen Laufzeiten bekommen viele Gemeinden seit geraumer Zeit Negativzinsen. Mit anderen Worten: Als gute Schuldner werden sie für die Aufnahme von Fremdgeldern sogar honoriert: «Stimmt, für kurzfristige Kredite erhalten wir aktuell Geld von den Gläubigern», bestätigt Martin Pöhl-land, Leiter Finanzbuchhaltung bei der Stadt Winterthur. Die Stadt Bern hat für kurzfristige Vorschüsse gar Negativzinsen in Millionenhöhe erhalten. Für die bis Anfang 2020 aufgenommenen Gelder von rund 175 Millionen Franken heims-ten die Berner nach Angaben von Finanzverwalter Daniel Schaffner Sätze von -0,64 bis -0,79 Prozent ein. Insgesamt waren es deutlich mehr als eine Million Franken.

Schulden zu machen und von Gläubigern dafür Geld zu erhalten, das ist nicht nur für die Städte möglich, sondern auch für einen Grossteil der Schweizer Gemeinden. Die unabhängige Ratingagen-tur Fedafin gibt nämlich knapp 2000 von 2226 untersuchten Gemeinden zumin-

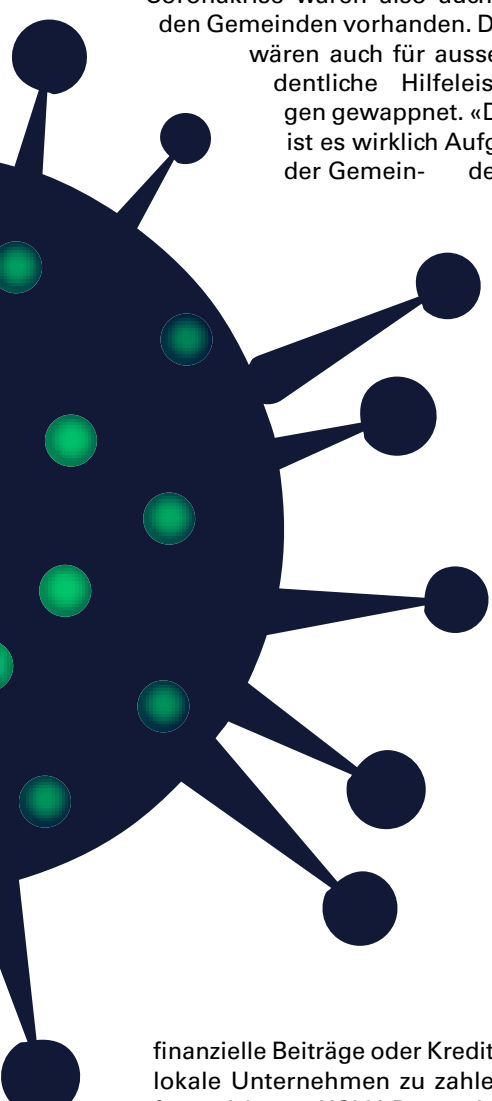


dest ein A-Rating. Und die Coronakrise habe bisher keinen negativen Einfluss auf diese Ratings gehabt, erklärt Fedafin. Viele Gemeinden verzichten allerdings explizit darauf, mit Schuldenmachen Geld zu verdienen, und nehmen bewusst nicht mehr Geld auf als nötig. «Wir wollen keine Bankgeschäfte betreiben und fokussieren deshalb auf unsere Kernaufgaben, die Liquiditätsplanung und die Kreditbewirtschaftung», betont Roland Brunner, Leiter der Finanzverwaltung der Stadt Luzern. Daniel Rupli, Leiter Aktien- und Obligationen-Rese-arch bei der Credit Suisse, kann diese Zurückhaltung bestätigen: «Wir können in der Tat nicht feststellen, dass Kantone und Gemeinden die aussergewöhnlichen Finanzierungsbedingungen über-

mässig ausgenützt hätten, um gezielt Schulden zu machen oder dank Negativzinsen Überschüsse zu erzielen.»

Coronahilfe: Auch die Gemeinden stützen die lokale Wirtschaft

Geld oder Finanzierungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Opfer der Coronakrise wären also auch bei den Gemeinden vorhanden. Diese wären auch für ausserordentliche Hilfeleistungen gewappnet. «Doch ist es wirklich Aufgabe der Gemein-



den, finanzielle Beiträge oder Kredite an lokale Unternehmen zu zahlen?», fragt nicht nur HSLU-Dozent Lengwiler. In erster Linie wäre das Aufgabe des Bundes zusammen mit den Banken und den Kantonen. Lengwiler vermutet, dass es eher bei der Sozialhilfe eine Zusatzbelastung für die Gemeinden geben werde. Zudem müsse mit Einnahmeausfällen gerechnet werden.

Wie auch immer: Etliche Gemeinden haben in der Coronakrise nicht lange gefackelt und der lokalen Wirtschaft sowie Kultur- und Sportvereinen sofort unter die Arme gegriffen. Beispiele gibt es zuhauf: So hat die Walliser Gemeinde Bagnes jedem Einwohner einen 120-Franken-Bon für Einkäufe beim lokalen Gewerbe verteilt und die Strompreise gesenkt. In der Stadt Zug erhielt

Heiss begehrte öffentliche Schulden

Seit einigen Jahren helfen neue, digitale Finanzierungsplattformen wie Loanbox oder Cosmofunding, den Zinsaufwand für Städte und Gemeinden noch weiter zu reduzieren. Dies, indem sie kostengünstig den Finanzbedarf der Kommunen mit der Nachfrage institutioneller Anleger abgleichen. Der Vorteil: Die Gemeinden können transparent einen grösseren Kreis von potenziellen Investoren anschreiben. Dank der grösseren Nachfrage sinkt der Zinsaufwand, und es können grössere Volumen finanziert werden. Die Stadt Bern beispielsweise schreibt nun alle kurz- und langfristigen Finanzierungen nicht nur über die herkömmlichen Kanäle, sondern auch über die digitalen Vermittler aus.

Die Plattformen sind gut gestartet. Allein über Loanbox wurden in den letzten vier Jahren Kredite im Umfang von 33 Milliarden Franken abgeschlossen. Das durchschnittliche Volumen pro Anfrage betrug 14 Millionen Franken. Die Zürcher Bank Vontobel hat mit Cosmofunding im Oktober 2018 eine ähnliche

Vermittlungsplattform lanciert. Die Emittenten kommen bei beiden Plattformen überwiegend aus den Segmenten Gemeinde, Kantone, Städte. Die Mehrheit der Deals verfügt über eine Laufzeit von bis zu einem Jahr und wurde zu negativen Zinssätzen abgeschlossen.

Die öffentlichen Schulden sind heiss begehrt. «Es herrscht ein scharfer Wettbewerb zwischen institutionellen Anlegern und den Banken um die Schulden von Gemeinden, Städten und Kantonen», sagt HSLU-Forscher Lengwiler. Dies wird sich nicht ändern, solange die Banken bei der Nationalbank für Liquidität, die einen definierten Freibetrag übersteigt, 0,75 Prozent Negativzinsen bezahlen müssen. Den institutionellen Anlegern belasten die Banken für Überschussliquidität ihrerseits Negativzinsen von bis zu 1,25 Prozent. Feste Vorschüsse oder Darlehen an öffentliche Körperschaften zu geringeren Negativzinsen können also sowohl für Banken wie für Institutionelle ein lohnendes Geschäft sein. *Fredy Gilgen*

jeder Einwohner einen Gutschein von 100 Franken. Später schoben die Zuger ein noch ein umfassenderes Hilfspaket nach. «Bitsch unterstützt Bitsch» heisst die Corona-Unterstützungsaktion in der gleichnamigen Walliser Gemeinde. Sie verteilt Gutscheine im Wert von 50 Franken an ihre Einwohner. Die Stadt Thun ihrerseits hat ein 2-Millionen-Franken-Paket zur Unterstützung der Wirtschaft geschnürt.

Gutscheine für die Wirtschaft helfen auch Personen mit tiefem Einkommen

Vor allem jene Gemeinden, denen es finanziell sehr gut gehe, könnten sich solche «Geschenke» an die Bevölkerung leisten, kommentiert Lengwiler. «Solche Aktionen können helfen, für den lokalen Detailhandel und das lokale Gewerbe zusätzliche Nachfrage zu generieren. Die Gutscheine haben eine ähnliche Funktion wie ein nachträglicher Steuerrabatt. Und Familien mit Kindern und Personen mit tiefem Einkommen profitieren relativ zum Einkommen sogar stärker.»

Für den Luzerner Professor stellt sich bei solchen Aktionen aber die Frage, ob nicht gezielte Hilfe an Personen, die wirklich bedürftig sind, mehr bewirken würden: «Ich gehe zum Beispiel nicht davon aus, dass alle Einwohner der Ge-

meinde Bagnes wegen der Stromrechnungen existenzielle Probleme bekommen.»

Alarmierende Schätzung zu den steigenden Sozialhilfefällen

Fazit: Das dreifache Hilfssystem von Bund, Kantonen sowie den Überbrückungskrediten der Banken erweist sich in der Coronakrise als wirksam. Wie gross die Lücken sind, in die die Gemeinden springen müssen, wird allerdings erst die Zukunft zeigen. Geradezu alarmierend sind die Mitte Mai veröffentlichten Schätzungen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS): Sie rechnet für das Jahr 2022 mit einem Kostenanstieg von mindestens 830 Millionen Franken, der schlimmstenfalls 1,36 Milliarden Franken betragen könnte (vgl. auch S. 28).

Fredy Gilgen

